

Slowakei

JURAJ ALNER / BERND HÜTTEMANN

Kaum jemand hätte es für möglich gehalten. Seit ihrer Gründung 1993 wurde die junge Slowakische Republik bis 1998 stets mit der autoritären Person Meciar gleichgesetzt. Nur sechs Jahre nach seiner Abwahl wird die Slowakei vollwertiges EU-Mitglied. Obwohl in dieser Zeitspanne fast jedes Jahr zu einer historischen Etappe wurde, bleibt das Land in der Masse der Beitrittskandidaten oft unbekannt. Aber die Erfolgsgeschichte beruht gerade auf dem Umstand, dass sich die Slowakei im Windschatten externer Auseinandersetzungen auf sich selbst konzentrieren könnte.¹

Nationalratswahlen ebnen den Weg in die EU

Die Nationalratswahlen bestätigten Mikuláš Dzurinda als Regierungschef.² Der Vorsitzende der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU) darf die Regierungsgeschäfte als einziger Chef einer mehrheitlich konservativen Regierung in Ostmitteleuropa wiederholt leiten. Die Koalition umfasst neben der SDKU zwei weitere christliche Parteien: die Christlich-Demokratische Bewegung KDH und die Partei der Ungarischen Koalition MKP/SMK. Vierter Koalitionspartner ist die liberale Allianz des neuen Bürgers ANO. Alle Koalitionsparteien sind eindeutig proeuropäisch, lediglich die KDH zeigt sich kritisch gegenüber den oft gesellschaftlichen Auswirkungen einer vermeintlich zu liberalen EU und ihres Freien Marktes. Streitpunkte innerhalb der Koalition sind in diesem Zusammenhang das Abtreibungsgesetz und das mit Budapest abgestimmte Gesetz zum Schutz der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern.

Vor der Parlamentswahl 2002 haben die „westlichen“ Medien die Rückkehr Meciar befürchtet. Dabei war den interessierten Slowaken bewusst, dass Meciar zwar die meisten Stimmen gewinnen, aber auf keinen Fall Koalitionspartner finden würde. Die wirkliche Richtungsfrage bezog sich auf einen möglichen Erfolg Robert Ficos und seiner neuen Partei Smer („Die Richtung“), die ebenfalls als äußerst populistisch eingeschätzt wurde. Eine Regierungsbildung, die Smer rechnerisch einbeziehen musste, war wahrscheinlich. Doch Smer ist zusammen mit Meciar Bewegung für eine Demokratische Slowakei HZDS, nun mit neuem Namen „Volkspartei“, in der Opposition geblieben. Beide Parteien genießen dennoch konstant hohe Umfragewerte.

Während die Sozialdemokratie fast vollständig verschwunden ist, ist die kommunistische Partei KSS neu in das Parlament eingezogen, von den anderen Parteien

überwiegend boykottiert. Neben den sozialdemokratischen Parteien haben auch die nationalistischen Parteien die 5-%-Hürde nicht überschreiten können.³

Abschluss der Beitrittsverhandlungen

Die Wiederwahl der Regierung Dzurinda war Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen.⁴ Zu Beginn der dänischen Präsidentschaft im Sommer 2002 wurde das Kapitel Regionalpolitik geschlossen. Nach schwierigen Verhandlungen, auch wegen staatlicher Subventionen für Volkswagen, folgte im Oktober das Kapitel Wettbewerb. Der Regelmäßige Bericht der Europäischen Kommission und der Brüsseler EU-Gipfel im Oktober 2002 setzten die Slowakei auf die Zielgerade zur Mitgliedschaft.⁵ Im slowakischen „Endspiel“ standen vor dem Gipfel in Kopenhagen schwierige Verhandlungen zu finanzpolitischen Fragen an, besonders für die Kapitel Finanz- und Haushaltsbestimmungen und Landwirtschaft. Das ausgehandelte Finanzpaket brachte für die Slowakei schließlich Fördermittel von 173 Millionen Euro im Jahr 2004, 289 Millionen im Jahr 2005 und 353 Millionen im Jahr 2006.

Nach drei Jahren „Verhandlungsmarathon“ endeten die Beitrittsverhandlungen. Es war ein im Vergleich äußerst kurzer Wettlauf. Kein Beitrittskandidat hat in der Geschichte der europäischen Integration derartig schnell die Beitrittsverhandlungen schließen können. Die Qualität der Verhandlungsergebnisse wurde auch dadurch erreicht, dass die Erfahrungen der ersten sechs Beitrittskandidaten geschickt genutzt werden konnten. Der Preis dieser Schnelligkeit muss aber aller Voraussicht nach noch bezahlt werden. Denn die administrativen Kapazitäten und die Absorptionsfähigkeiten gerade im Bereich der EU-Finanzhilfen geben Anlass zur Sorge. Die Einbindung geeigneter Experten bleibt schwierig, da die Verdienstmöglichkeiten in der freien Wirtschaft zunehmen. Die Unterschiede zwischen slowakischen Beamten und ihren Kollegen in den EU-Ländern sind enorm. Die zukünftige slowakische EU-Beamtenschaft wird den „Brain-Drain“ nach Westen verstärken.⁶

Interne Fragen der europäischen Integration wurden in der neuen Regierung Dzurinda einer Neuorganisation unterzogen. EU-Koordination, europapolitische Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Menschenrechts- und Minderheitenpolitik wurden der ungarischen MKP/SMK mit ihrem Vize-Ministerpräsidenten Csáky zugeteilt. Die Konzentration dieser für die Beitrittsverhandlungen wichtigen Fragen bei der ungarischen Minderheitenpartei stand durchaus in der Kritik.

Der Termin für das Beitrittsreferendum wurde mit anderen Kandidatenländern abgesprochen. Zu Ungunsten eines Juni-Termins wurde im Januar der 16./17. Mai 2003 festgelegt. In der Slowakei ist stets eine hohe Zustimmung erwartet worden. Folgerichtig lag das Referendum am Anfang des Geleitzuges, um vermeintlich skeptische Länder mitzuziehen. Zwischenzeitlich konnte am 16. April 2003 auf dem EU-Gipfel in Athen der Beitrittsvertrag feierlich unterzeichnet werden. Die Referendumskampagne selbst gestaltete sich schwieriger als von der Regierung erwartet. Die Regierung konnte nur ungenügend dem hohen Informationsbedarf der

Öffentlichkeit gerecht werden. Das Fehlen einer wirklichen Opposition zum Beitritt kann als ein Grund gelten. Die Euroskeptiker beschränkten sich auf ein „Ja, aber“. Der große Spannungsfaktor bezog sich nie auf eine Ablehnung, sondern auf die Wahlbeteiligung. Obwohl das Ergebnis des Referendums für den Nationalrat nicht bindend war, war für die Gültigkeit der Abstimmung eine Beteiligung von über 50% nötig. Knappe 52,15% Abstimmungsberechtigte haben sich schließlich beteiligt. Die im Vergleich mit den anderen Beitrittsländern sehr hohe Zustimmung von 92,46% gegenüber 6,2% Ablehnung machten das Referendum zu einem überwältigenden Votum für Europa.

Außen- und sicherheitspolitischer Spagat

Den Nato-Gipfel in Prag, mit der Entscheidung sieben neue Länder 2004 einzugliedern, hat die slowakische Regierung als Erfolg hoch gefeiert, die Öffentlichkeit aber eher emotionslos zur Kenntnis genommen. Die Nato wird pragmatisch betrachtet, als Zeichen für die Integration in den Westen, die selbstverständlich die USA einbezieht. Zu Beginn des Irak-Krieges war die Mehrheit der Bürger der Meinung, die Slowakei solle sich von jedem Konflikt distanzieren. Es fanden aber keine wesentlichen antiamerikanischen Demonstrationen statt. Äußerungen auch von Intellektuellen waren gegen Krieg, nicht aber gegen Amerika gerichtet. Die Reaktion Chiracs auf den Brief der Acht ist in der Öffentlichkeit schlecht aufgenommen worden. Unterschwellig knüpften die Slowaken ihre schlechten historischen Erinnerungen an die passive Politik der Westmächte gegenüber Hitler in der Sudetenfrage an.

Gleichzeitig vermischten sich in der Debatte unterschiedliche Fragestellungen mit Unkenntnis: Irak, Nato und EU waren für die Öffentlichkeit *ein* Thema. Die mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit der Regierung hat verstärkt, dass Zusammenhänge falsch interpretiert wurden. Aber auch das mangelhafte Außenbild der „gemeinsamen“ Außen- und Sicherheitspolitik der EU hat zur Verwirrung beigetragen.⁷

Herauszustreichen ist die Kontinuität der euro-atlantischen Ausrichtung der Regierung: Sie war in jedem Regierungsprogramm seit der Entstehung der Republik erste Priorität. Anders als die Interpretation stand die Slowakei im Irak-Krieg nicht nur auf der Seite der USA. In Wirklichkeit sah die Regierung Dzurinda keinen Widerspruch zu Europa. „Westlich“ heißt in der Slowakei „euro-atlantisch“. Eine Spaltung zwischen Europa und USA ist für die slowakische Regierung ausgeschlossen. Wenn die Slowakei Anfang 2004 Nato-Mitglied wird, wird dies von der Mehrheit der Bürger unterstützt – allerdings emotionslos.

Die Zukunft der EU und der Slowakei

Der slowakische Konvent wurde in der Slowakei parallel zum Europäischen Konvent eingerichtet.⁸ Mitglieder sind Repräsentanten politischer Parteien und wichtiger Institutionen. Hauptziel war die Rückkopplung der slowakischen Konventsvertreter mit der slowakischen Öffentlichkeit. Der nationale Konvent hat einen

im Vergleich zu anderen Ländern verbesserten Dialog mit der Zivilgesellschaft erlaubt.⁹ Aber die Debatte wurde nicht wirklich in die Bevölkerung getragen. Auch können die Parteien keine nennenswerte Europaprogramme vorweisen.¹⁰ Der slowakische Konvent wird seine Tätigkeit 2004 fortsetzen – zu kommenden europäischen Fragen.

Inhaltlich hat sich der Nationalkonvent gegen einen EU-Präsidenten ausgesprochen und wie viele kleinere Länder für das bestehende Rotationsprinzip der Präsidentschaft. Von der kommenden Regierungskonferenz erwartet man vor allem, dass die neue Verfassung nicht ohne die Stimmen der zehn Beitrittsländer abgestimmt werden dürfe.

Nach dem erfolgreichen Referendum ist das europapolitische Hauptthema die mangelhafte Absorptionsfähigkeit der EU-Zuschüsse. Dazu kommt nur sehr langsam und leise das stark unterschätzte Thema Europawahl im Juni 2004. Noch haben die Parteien keine Kandidaten, die Wähler sind nicht informiert und wissen nicht, wen sie warum nach Straßburg schicken sollen. Die zukünftigen 14 Europaparlamentarier werden dabei als Vertreter der „slowakischen Politik“ angesehen. 2004 ist auch das Jahr der Präsidentschaftswahl. Größte Chancen hat Außenminister Eduard Kukan (SDKU) – ein ausgewiesener Europäer.

Anmerkungen

- 1 Weiterführende Links und Literatur siehe: <http://www.iep-berlin.de/links/eu-sk>.
- 2 Vgl. Krivy, Vladimir: Results of the 2002 Parliamentary Elections; in: Meseznikov, Gregorij/Kollar, Miroslav/Nicholson, Tom (Hrsg.): Slovakia 2002, A Global Report on the State of Society, Bratislava 2003, S. 87ff.; Lang, Kai-Olaf: Die Slowakei nach den Wahlen, Grünes Licht für die Fahrt nach Brüssel; SWP-Aktuell 46, November 2002, Berlin 2002.
- 3 Ergebnisse der im Parlament vertretenen Parteien: HZDS: 19,50%; SDKU: 15,09%; Smer: 13,46%; MKP/SMK: 11,17%; KDĽ: 8,25%; ANO: 8,01%; KSS: 6,33%; Statistical Office of the Slovak Republic 2002.
- 4 Vgl. Bilcik, Vladimir: Slovakia's Integration to the European Union; in: Slovakia 2002, a.a.O., S. 329ff. Alner, Juraj.: Die slowakischen Erwartungen an die Erweiterung. In: Politische Studien 388, März-April 2003, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München.
- 5 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte der Slowakei auf dem Weg zum Beitritt, Sek (2002) 1410, Brüssel 9.10.2002.
- 6 Als Reaktion: Monitoring Report on the Slovak Republic's Progress in its Preparation for the EU Membership, September 2002-May 2003; Bratislava June 2003.
- 7 Die Kommission rechnet 2004-2011 mit 279 slowakischen EU-Beamten, Agence Europe, 19.02.2003.
- 8 Hat die EU eine gemeinsame Meinung, folgt auch die Slowakei; vgl. Slovakia will support EU Position on U.S. Immunity before ICC, TASR-SLOVAKIA correspondent 22. Juli 2003.
- 9 Vgl. <http://www.konvent.sk>
- 10 Slowakische Vertreter im Europäischen Konvent waren: für die Regierung der Staatssekretär im Außenministerium Ivan Korčok, für die Regierungsparteien im Nationalrat der Hauptverhandler mit der EU und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses Ján Figel und für die Opposition Irena Belohorská (HZDS).
- 10 Einen Überblick bietet: Bilcik, Vladimir: a.a.O., S. 338f.